

**Kantonsratsbeschluss
über den Beitritt zum Konkordat über die
Schulkoordination**

vom 29. April 1971¹⁾

*Der Kantonsrat des Kantons Zug,
gestützt auf §§ 34 und 41 Bst. i der Kantonsverfassung²⁾,
beschliesst:*

§ 1

Der Kanton Zug tritt dem von der Erziehungsdirektorenkonferenz ausgearbeiteten Konkordat vom 29. Oktober 1970 über die Schulkoordination bei³⁾.

§ 2

Dieser Beschluss tritt unter dem Vorbehalt des Referendums gemäss § 34 der Kantonsverfassung sofort in Kraft und ist samt dem Konkordat in die Gesetzessammlung aufzunehmen.

¹⁾ GS 20, 89

²⁾ BGS 111.1

³⁾ Mit Schreiben vom 9. Juli 1971 hat der Regierungsrat – nach dem unbenützten Ablauf der Referendumsfrist – dem Vorstand der Erziehungsdirektorenkonferenz den Beitritt des Kantons Zug zum Konkordat mitgeteilt (GS 20, 89).

Konkordat über die Schulkoordination¹⁾

Art. 1

Zweck

Die Konkordatskantone bilden eine interkantonale öffentlich-rechtliche Einrichtung zur Förderung des Schulwesens und zur Harmonisierung des entsprechenden kantonalen Rechts.

A. Materielle Vorschriften

Art. 2

Verpflichtungen

Die Konkordatskantone verpflichten sich, ihre Schulgesetzgebung in den folgenden Punkten anzugleichen:

- a) Das Schuleintrittsalter wird auf das vollendete 6. Altersjahr festgelegt. Stichtag ist der 30. Juni. Abweichungen im kantonalen Recht bis zu 4 Monaten vor und nach diesem Datum sind zulässig.
- b) Die Schulpflicht für Knaben und Mädchen dauert bei mindestens 38 Schulwochen mindestens 9 Jahre.
- c) Die ordentliche Ausbildungszeit vom Eintritt in die Schulpflicht bis zur Maturitätsprüfung dauert mindestens 12, höchstens 13 Jahre.
- d) Das Schuljahr beginnt zwischen Mitte August und Mitte Oktober.

Art. 3

Empfehlungen

¹⁾ Die Konkordatskantone arbeiten zuhänden aller Kantone Empfehlungen aus, insbesondere für folgende Bereiche:

¹⁾ GS 20, 90; SR 411.9. Abgeschlossen am 29. Okt. 1970; vom Bundesrat genehmigt am 14. Dez. 1970 (GS 20, 92). Dem Konkordat gehören ferner an die Kantone Zürich, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Freiburg, Solothurn, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell A. Rh., Appenzell I. Rh., St. Gallen, Graubünden, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura.

411.1

- a) Rahmenlehrpläne;
- b) gemeinsame Lehrmittel;
- c) Sicherstellung des freien Übertritts zwischen gleichwertigen Schulen;
- d) Übertritt in die aufgegliederten Oberstufen;
- e) Anerkennung von Examensabschlüssen und Diplomen, die in gleichwertigen Ausbildungsgängen erworben wurden;
- f) einheitliche Bezeichnung der gleichen Schulstufen und gleichen Schultypen;
- g) gleichwertige Lehrerausbildung.

² Die Konferenz schweizerischer Lehrerorganisationen ist bei der Ausarbeitung dieser Empfehlungen anzuhören.

Art. 4

Zusammenarbeit

¹ Die Konkordatskantone arbeiten im Bereich der Bildungsplanung und -forschung sowie der Schulstatistik unter sich und mit dem Bund zusammen.

² Zu diesem Zwecke werden:

- a) für diese Zusammenarbeit notwendige Institutionen gefördert und unterstützt;
- b) Richtlinien für jährliche oder periodische schweizerische Schulstatistiken ausgearbeitet.

B. Organisatorische Vorkehrungen

Art. 5

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren

¹ Die Konkordatskantone übertragen der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren die Durchführung der unter den Artikeln 2–4 festgelegten Aufgaben.

² Kompetenzen und Arbeitsweise werden in einem Geschäftsreglement niedergelegt.

³ Die Kosten der Konkordats­tätigkeit werden nach Massgabe der Einwohnerzahl unter die Kantone verteilt.

⁴ Nicht Konkordatskantone haben in Konkordats­geschäften beratende Stimme.

Art. 6

Regionalkonferenzen

¹ Zur Erleichterung und Förderung der Zusammenarbeit schliessen sich die Kantone zu vier Regionalkonferenzen zusammen (Westschweiz und Tessin, Nordwestschweiz, Innerschweiz, Ostschweiz). Über den Beitritt zu einer Regionalkonferenz entscheidet jeder Kanton selbst.

² Die Regionalkonferenzen beraten die Geschäfte der Plenarkonferenz vor.

Art. 7

Rechtsschutz

Bei Streitigkeiten, die sich aus dem Konkordat zwischen Kantonen ergeben, entscheidet auf Klage hin das Bundesgericht.

C. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 8

Fristen

¹ Die Angleichung der Schulgesetzgebungen im Sinne von Artikel 2 dieses Konkordats wird etappenweise vollzogen.

² Die Konkordatskantone verpflichten sich:

- a) in einem Zeitraum von 6 Jahren das Schuleintrittsalter im Sinne von Art. 2 Bst. a festzulegen;
- b) die Schulpflicht in einer angemessenen Zeitspanne auf 9 Jahre auszudehnen. Die Kantone mit nur 7-jähriger Schulpflicht können dies in zwei Etappen verwirklichen.

³ Die Festsetzung des Schuljahrbeginns im Sinne von Art. 2 Bst. d soll grundsätzlich auf den Beginn des Schuljahres 1973/74 erfolgen.

Art. 9

Beitritt

Der Beitritt zum Konkordat wird dem Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gegenüber erklärt, der dem Bundesrat Mitteilung macht.

411.1

Art. 10

Austritt

Der Austritt aus dem Konkordat muss dem Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gegenüber erklärt werden. Er tritt in Kraft auf Ende des dritten der Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres.

Art. 11

Inkrafttreten

Dieses Konkordat tritt in Kraft, wenn ihm zehn Kantone beigetreten sind¹⁾ und wenn es vom Schweizerischen Bundesrat genehmigt worden ist²⁾.

¹⁾ Vgl. Anm. ¹⁾, vorstehend S. 3.

²⁾ Vom Bundesrat genehmigt am 14. Dez. 1970 (GS 20, 92).